



## Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild, Christian Flisek, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster SPD**

### **Präventionsmaßnahmen und Beratungsangebote zum Schutz vor sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine verlässliche und kontinuierliche Finanzierung auf Landesebene für Fachberatungsstellen mit dem Themenschwerpunkt sexualisierte Gewalt an Kindern zu schaffen.

Darüber hinaus sollen bestehende Präventionsmaßnahmen zum Schutz vor Kindesmissbrauch ausgebaut und ebenfalls mit einer verlässlichen Finanzierung gesichert werden.

### **Begründung:**

Die Zahl der Straftaten in Deutschland ist insgesamt gesunken. In einem Bereich aber steigen die Fallzahlen: dem sexuellen Missbrauch von Kindern, wobei Expertinnen und Experten von einem großen Dunkelfeld ausgehen. Im Jahr 2021 wurden insgesamt 15 507 Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern erfasst. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 6,3 Prozent. Bei den Missbrauchsdarstellungen gab es einen Anstieg um 108,8 Prozent auf über 39 000 Fälle.

Auch in Bayern haben die Ermittlungen wegen sexuellem Missbrauch und Kinderpornografie deutlich zugenommen. Bis zum 23. November 2021 wurden beim „Zentrum zur Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet“ (ZKI) 2 728 Verfahren eingeleitet. Das sind rund 140 Prozent mehr als noch im Jahr 2020.

Um Kinder und Jugendliche vor sexuellem Missbrauch zu schützen, benötigt es fachlich qualifiziertes Personal, welches sich ausschließlich um diese wichtige Arbeit kümmert und sich nicht mit der Beschaffung von Drittmittel, Crowdfunding-Aktionen oder Benefizveranstaltungen beschäftigen muss. In der Realität ist der Arbeitsalltag aber häufig von genau diesen Themen bestimmt. Die Unterfinanzierung betrifft auch die Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche, welche durch den erfolgten Missbrauch schreckliche und unmenschliche Qualen durchlebt haben. Das Fachpersonal der Beratungsstellen benötigt hierbei Zeit und viel Einfühlungsvermögen, um zu den Betroffenen eine tragfähige Beziehung zur Bearbeitung des Missbrauchs zu schaffen.

Organisationen wie der Kinderschutzbund machen daher immer wieder darauf aufmerksam, dass gerade in diesem hochsensiblen Bereich der Druck auf der Finanzierungsseite genommen werden muss, während zugleich auch die Angebote ausgeweitet werden müssen – jede und jeder, die oder der Hilfe, Beratung und Unterstützung benötigt, muss diese in Bayern auch bekommen.